

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlicher Grundpreis 10 Pfennig
mit Schlüsselzahl des Börsenvereins deutscher Buchhändler zu Leipzig

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlstraße 16
Fernsprecher Nr. 8824 - Postfachnummer Stuttgart Nr. 6823

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen

Fest zusammenstehen!

Bis jetzt hat schon jedes Land kapitalistische Organe in reicher Zahl gesehen und das Proletariat allerwärts unter der kapitalistischen Beutelei maßlos zu leiden gehabt. Aber was das arbeitende Volk Deutschlands jetzt unter der kapitalistischen Beutelei, Unterdrückung und Wahnsinn zu erdulden hat, dafür gibt es einfach kein Beispiel. Man vergegenwärtige sich nur unsern Zustand:

In Deutschland sind zurzeit Millionen ohne Beschäftigung. In jedem Industrieort stehen Tag für Tag in aller Herrgottsfrühe erwerbslose Menschen zum Arbeitsnachweis. In der Regel finden sie hier schon viele Schicksalsgenossen versammelt. Die Hoffnung, doch wenigstens heute das große Los, das ist eine Arbeitsstelle zu erlangen, trägt sie bei Nacht und Nebel herbei. Sie erhalten mit jeder Viertelstunde starken Zugang. Alt und jung, Männer und Frauen, Beamte, Angestellte, Handwerker und Ungelehrte reißen sich zu langen Scharen. Sie alle wünschen nichts sehnlicher, als das unerträgliche Nichtstun beendet zu sehen; sie wollen Arbeit und Brot. Sie sollten arbeiten, um die Warenknappheit zu ihrem Teil zu mindern, um die Gütermenge zu steigern und die deutsche Wirtschaftsnote zu beheben; sie müssen Brot haben, um sich und ihre Familie zu nähren. Aber ihr sehnlicher Wunsch ist umsonst.

Die Wohnungsnot schreit gen Himmel, keine Stadt, kein Dorf, wo nicht Häuser so dringlich wären, wie das liebe Brot; besserungsgedacht sind unzählige Bauarbeiter ohne Arbeit. Es fehlt in jedem Haushalt an Möbeln; aber Hunderttausende von Tischlern bieten ihre Arbeitskraft vergeblich an. Die Landwirtschaft braucht Maschinen und Geräte, der Ausfuhrhandel Auslieferung aller Art für die Einfuhr, der Bedarf an Verkehrsmitteln ist allbekannt; aber die Maschinenfabriken und Waggonfabriken schaffen bei verkürzter Zeit, wenn sie nicht ganz geschlossen sind, Kleidung und Bücher sind wegen ihres unerschwinglichen Preises kaum noch zu erwerben; aber die Leute, die diese Dinge begehren, die Preise bezahlen könnten, laufen vergeblich umher.

Was werden die Millionen arbeitswilliger Menschen erreichen? Weil es den Besitzern der Produktionsmittel, den Kapitalisten, so beliebt ist, weil diese glauben, durch Kapitalismus mehr verdienen zu können als durch produktive Tätigkeit, und auch, weil sie unwillig oder unfähig sind, den von ihnen heruntergewirtschafteten, verwirrten, zerrütteten Wirtschaftapparat wieder aufzubauen oder in Gang zu bringen.

Was allem ist indes der kapitalistische Wahnsinn und Hilflosigkeit erst halb genannt.

Während die Arbeitslosen vom Arbeitsnachweis zu Fabrik und Büro vergeblich nach Beschäftigung laufen, wird in einem fort verkündet, nur mehr Arbeit, nur Steigerung der Produktion könne uns retten. Man könnte die Schwärze ernster nehmen, wenn sie gleichzeitig darauf drängen würden, daß die Urheber der namenlosen Drangsal, die großen Schuldigen unserer Not, die Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten, dorthin verjagt würden, wo sie nicht mehr zu haben vermögen. Doch zu solcher Folgerichtigkeit können sich diese hieberten Zeitgenossen nicht aufschwingen. Sie wollen wohl die Welt austüglern, aber die Erzeuger und Nutznießer der Seuche beim Geschäft lassen. Doch die Welt ist noch nicht zu Ende. Jetzt ist es Millionen Menschen unbeschäftigt sind, erklären die Unternehmer samt ihren Hebermeistern, die Arbeitszeit müsse um eine, um zwei Stunden verlängert werden, um das Geschäft zu heben. Verlängerung der Arbeitszeit heißt hier Verzögerung der Arbeitslosen und Verminderung der Kaufkraft der Masse, weniger Aufträge, heißt weiter vergrößertes Maßmaß an der menschlichen Arbeitskraft, Vergeudung des kostbaren Gütes der nationalen Wirtschaft.

Einmal jeder halbwegs Urteilsfähige auf den ersten Blick erkennt, daß diese Rezepte aus der Küche des Doktor Eichenherz stammen, sind dennoch die Unternehmer, von spärlichen Ausnahmen abgesehen, bereit, so zu verfahren, wie gelehrt. Man hat gut ihnen an der Hand einer weltweiten Erfahrung darlegen, daß die Befolgung dieser Rezepte ganz sicher Verbesserung, aber keine Besserung zu bringen vermag. Sie bleiben dabei, daß die Arbeiter empfindlicher oder billiger sein müssen, daß die Arbeitszeit zu verlängern, das Tarifwesen strengzuhalten, die sozialpolitischen Einrichtungen abzubauen seien, wenn es besser werden solle. Und da sich die Arbeiterkassen gerade um der nationalen Wohlfahrt willen der Eigenbarkeit widersetzen, wird versucht, sie durch gezielte und militärische Gewalt und durch Hunger zwingen zu machen.

Da sich Säbel und Ausnahmegericht noch nicht ganz so erfolgreich, wie erwünscht, erweisen, wird die Arbeitslosigkeit, die Hungergefahr noch stärker angepöbeln. Das geschieht einseitig durch Verneinung der Arbeitslosen, andererseits durch Selbstverleumdung. Im Ruhrgebiet wurde sämtlichen Belegschaften auf den 30. November gekündigt, im unbesetzten Gebiet Preise in steigender Zahl auf die Straße geworfen. Damit ja kein Zweifel über das, was der Arbeiterkassen in Aussicht steht, auskomme, erklärte dieser Tage ein Industriebarone dem Leiter des Dortmunder Arbeitsnachweises, daß auch bei vollem Geschäftsgang nicht mehr als sieben Zehntel der alten Belegschaft auf Stellung hoffen dürften, der unterwendete Rest werde im unbesetzten Deutschland abzugeben sein. Mit der Arbeitslosigkeit steigt die Lernerang. An einem einzigen Tage ist der Dollar von 2500 auf 4200 Milliarden hinaufgetrieben, dementsprechend die Mark verfallend, die Warenpreise verteuert worden. Über Nacht ist der Arbeiter um 50 v. H. des Realwertes seines Gehalts gebracht worden. Der Lohn langt nun nicht einmal mehr zum armen Brot. Der proletarische

Speiseschrank ist leer, Bekleidungsstoff für den Winter anzuschaffen, ist einfach nicht mehr möglich.

Um den schamlosen Lohnbetrug, den die Geldbewertung darstellt, einigermaßen zu mildern, haben die gewerkschaftlichen Spitzenverbände verlangt, daß die Löhne allgemein in Goldmark berechnet werden. Die im Reichsarbeitsministerium gepflogenen Verhandlungen sind erfolglos geblieben. Die Unternehmer weigern sich, bindende Verpflichtungen einzugehen. Sie wollen den Übergang zur Goldrechnung allmählich vollziehen, was Fortführung des Lohnbetrugs bedeutet. Es belommen erst verhältnismäßig wenig Belegschaften am Jahrestag goldwertiges Geld zu sehen. Es mag auch vielen vornehmlich kleineren Fabrikanten schwer sein, goldwertige Zahlungsmittel zu beschaffen, nicht zum wenigsten deshalb, weil sich die Kammer der Rentenmark bemächtigt haben. Deren Knappheit im öffentlichen Verkehr hat ihren Kurs gewaltig in die Höhe getrieben. Das bedeutet für die Masse, die sich mit der Papiermark behelfen muß, eine noch beträchtlichere Verminderung ihres Realeinkommens. Unter solchen Umständen wird die Lage des Lohnempfängers einfach trostlos. Aber, so entsetzlich er auch leidet, noch viel ärger leidet sein arbeitsloser Schicksalsgenosse, der auf die trübseligen Beträge der Erwerbslosenunterstützung angewiesen ist. Dieser ist dem Verhungern buchstäblich überantwortet.

Angesichts der grenzenlosen, sich stetig verschärfenden Not kann es wahrhaftig nicht wundernehmen, daß die Arbeiterkassen von heller Verzweiflung erfaßt wird und daß selbst über Kollegen, die sonst nicht leicht zu entmutigen sind, Mißmut und Vergessenheit kommt. Daß sie sich fragen, warum der Verband, der große und mächtige, nicht eingreife, um den fürchterlichen Zustand zu bessern. Daß sie sich fragen, wenn der Verband nicht helfe, wer dann überhaupt noch helfen solle? Solche Fragen sind nur zu gut verständlich. Allein, es wird einem scheinen, daß die Tatsache nicht genug erregt wird, daß die Lage der Arbeiterkassen im Reichsgebiet eben auch die Lage des Verbandes ist. Was ihm die taufendfältige Wirklichkeit nur immer gestattet, das hat er schon getan und wird es selbstverständlich auch fürderhin tun. Die Mehrheit der Verbandsfunktionäre läßt es, was selbstverständlich ist, an Anstrengung und Opferwilligkeit bestimmt nicht fehlen. Ihre Hingabe an die gemeinsame Sache, ihr Bemühen, in dieser schweren Zeit das Höchstmögliche für die Kollegenkassen zu leisten, ist schwerlich noch feigerungsunfähig. Und wenn später einmal das Gut und Opfer der Kollegen geprüft werden sollte, dürfte die Mehrheit der Funktionäre die Probe sicher bestehen. Mehr kann heute nicht gesagt werden. Was von den meisten der Funktionäre gilt, trifft auch von einem Stamm von Mitgliedern zu. Der Erfolg der gemeinsamen Anstrengung sollte größer sein, wenn es darf nicht vergessen werden, daß der Verband jetzt, wo er die allergrößte Kraft aufbringen müßte, durch Arbeitslosigkeit vieler seiner Mitglieder als auch durch die Geldbewertung nachteilig geschwächt wird. Und durch Flauheit so mancher Kollegen. Vieles läßt sich abwenden, vieles erringen, wenn die Kollegen in unabweisbarer Etreue zur Organisation stehen und es durch Opferwillige Tat und fleißige Mitarbeit bekräftigen. Diese Unerschlichkeit sind durch Entschickungen, und seien sie noch so gering, und noch so gut gemeint, nicht zu ersetzen.

Der gegenwärtige Zustand der Gewerkschaftsbewegung ist dem Unternehmertum natürlich wohl bekannt. Es richtet seine Stellung darauf ein. Die Verlegenheit der Gewerkschaft ist die Verlegenheit ihres Feindes. Die Kapitalistenklasse hält die Verlegenheit für probat, die Tilgung der innerlichen Zeit wieder einzuführen. Sie glaubt die Straße gewinnig, Staat und Wirtschaft nach ihrem alleinigen Fuß und Fingern zu gestalten. Sie hält sich zum Herrschen geboren, die Arbeiterklasse aber zum Beherrschten werden, zur Ausbeutung bestimmt. Woher sie das sittliche Recht für die Meinheitsmacht nimmt, mag der Himmel wissen, und daß sie zur Rettung von Staat und Wirtschaft die Fähigkeit hätte, müßte sie erst noch beweisen. Denn sie, die Kapitalistenklasse, ist hauptsächlich daran schuld, daß durch überhöhtes Geld und Sättelrassen der Haß aller Welt gegen Deutschland brauste; ihre herporragendste Schicht hat durch Bier nach Beute den Krieg verlängert und einen eitrigen Frieden verhindert, sie hat die Erfüllungspolitik vermaßelt und so die Ruhrbesetzung provoziert, sie hat dem Staat die Steuern vorenthalten und dadurch den finanziellen Ruin Deutschlands herbeigeführt, sie läßt durch bezahlte Hebern nationalisistische Hege entfachen, damit sie durch die gesteigerte Verzerrung gesteigerten Gewinn einheimen kann, sie hielt sich als Hüter des Patriatismus auf, während gleichzeitig ihre obersten Vertreter mit dem „Erbschein“ goldene Geschäfte zu machen versuchten, sie hat den deutschen Staat mit seiner Währung, Wirtschaft und Produktionsapparat zerrüttet, ausgeplündert, lebensunfähig gemacht, sich selbst dabei ungeheuer bereichert.

Daß eine so beschaffene, eine so selbstsüchtige, eine so verbrecherische Klasse die Leitung von Staat und Wirtschaft erringen oder lang behalten könnte, halten wir für ganz ausgeschlossen. Nur ein erledlicher Wandel an Verhältnissen für geschichtliche und soziale Wechselwirkungen kann eine solche Klasse wahren lassen, daß sie trotz ihrer ständigen Winderwertigkeit und politisch-wirtschaftlichen Unfähigkeit zur Herrschaft berufen sei oder längere Zeit geduldet werde. Sie mag des Glaubens sein, sie sei jetzt ihrem hohen Ziele handgreiflich nahe, und mancher Umstand scheint tatsächlich dafür zu sprechen. Allein diese Klasse hat auf dem Wege zu ihrem Ziele zu viel

Stimme aus dem Ruhrgebiet

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Nach Beendigung des Krieges, des „läuternden Stahlbades“, gab es eine Zeit, wo die deutsche Arbeiterkassen mitteilig nach Österreich, dem Volke der hungernden Millionäre, hinaus und Sammlungen für ihre österreichischen Arbeitsbrüder veranstaltete. Heute sammelt Österreichs Arbeiterkassen für uns, das Volk der hungernden Trillionäre. Vielleicht werden wir in kurzem zum Volke der hungernden Trillionäre geworden sein! Und warum das stetig steigende Geld? Weil die deutsche Wirtschaft freit, infolgedessen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein erschreckendes Maß angenommen haben. Allein im Ruhrgebiet gibt es heute so viele Erwerbslose und Kurzarbeiter, wie der Freistaat Sachsen Einwohner zählt. Außerdem greift die Industrie zu neuen Stilllegungen und Einschränkungen. Freilich, die Industriemagnaten verspüren ja nichts von Entbehrungen; bei ihnen hat die Not noch nie an die Ähre geklopft. Das ganze Gerede, daß die Besatzungsbehörden die Schuld daran tragen, daß die Wirtschaft nicht in Gang komme, ist eitel Spiegelfechterei. Ein großes Maß von Schuld hat die Industrie, weil ihre Profitgier es nicht zuläßt, Opfer aus der eigenen Tasche zu bringen, sondern nach wie vor befreit ist, die Opfer des verlorenen Kampfes an der Ruhr dem Proletariat aufzubürden.

Seit den letzten Monaten geht im Ruhrgebiet der Kampf um die Beträge, welche die französisch-belgische Ingenieurkommission von den Belegschaften fordert. Der Volkskongress fand sich in wenigen Tagen bereit, die Bedingungen des französischen Oberkommandierenden Degouette zu erfüllen. Ebenfalls Krupp, der dazu eigens aus seiner „Haut“ entlassen wurde. Mit dem großen Bergbauischen Verein, der unter der Flagge von Hugo Stinnes segelt, steht ebenfalls ein Vertragsabschluss bevor. Jetzt, nach einem fast neunmonatigen Kampfe in Gestalt des passiven Widerstandes, nach völliger Zerstörung des Wirtschaftslebens, zeigt sich, daß die Kohlenbarone mehr zu liefern imstande sind, als dies vor dem Ausbruch nach ihren Angaben möglich war. Georg Bernhard schrieb in der Volksischen Zeitung vom 4. November dieses Jahres:

„Darum haben sie (die Schwerindustriellen) dem Deutschen Reich nicht das bewilligt, was sie jetzt den Franzosen zugestehen? Als die Oberaufsicht, daß in Form von Naturalleistungen die Reparationsleistungen an Kohle erhoben werden sollen, da haben sich dieselben Kreise gestraubt. Wenn sie seit Jahren das als patriotische Pflicht gegenüber dem Reich angesehen hätten, was sie jetzt den Franzosen leisten, so hätte die Heranziehung eines vernünftigen Reparationsbeitrages in die Grenze schon vor langer Zeit keine Schwierigkeiten gemacht. Dann wäre dem deutschen Volke der ganze Wohlstand wieder deutscher Volkskraft nicht in dem jetzigen Maße zerrüttet worden... Diese Menschen (die Schwerindustriellen) haben namenloses Unglück über Deutschland heraufgeschworen. Und es ist unfassbar, daß diese Schuldigen, anstatt zur Verantwortung gezogen zu werden, sich heute als die herrlicher Deutschlands aufspielen dürfen, die freischaren bezahlen, um das von ihnen bereits unterhöht Reich nun völlig aus den Angeln zu heben.“

Dieses durchaus zutreffende Urteil eines bürgerlichen Sachkenners spricht für sich selbst. Es ist richtig, daß die Schwerindustriellen sich als Diktatoren aufspielen, gewissermaßen einen Staat im Staate bilden. Mit ihrem Geld kaufen sie Freischaren aus, um der verhassten Republik den Todesstoß zu versetzen. Das Wohl und Wehe des Vaterlandes ist ihnen völlig gleichgültig, wenn nur ihr Profit nicht gekostet wird. Und weil die Arbeiterkassen nicht gewillt ist, mitbedachtlos nach der Pfeife der Industriemagnaten zu tanzen, deshalb soll ihre Willkür durch Betriebsverlegungen erzwungen werden.

Bei dem Bestreben der Schlotbarone, die Arbeiterkassen durch Hunger gezwungen zu machen, kommt ihnen das Reich auch noch zu Hilfe. Zeitungsnachrichten zufolge soll die Reichsregierung beabsichtigen, die Erwerbslosenversicherung im Bereich des besetzten Gebietes einzustellen. Diese Absicht, falls sie verwirklicht wird, muß das Geld im unerschöpflichen Reichtum, muß Hunderte ausfinden, die nur mit Strafen gequält werden kann. Die Widerstände in manchen Städten des besetzten Gebietes haben in letzter Zeit einen bedrohlichen Grad erreicht. Würde die Regierung ihre Absicht in die Tat umsetzen, so würde das den Kampf aller gegen alle zur Folge haben! Solange das Reich noch Mittel hat, um ungeheure Beträge an die bayerischen Staatsfiskus auszusuchen, solange sollten auch Mittel vorhanden sein für die Bewässerung der besetzten Gebiete! Diese Gelder, die den meistenten Gruppen und versorgungsbedürftigen Beamten in Wagen aufzufahren, die mühen unter allen Umständen zurückgehalten werden zur Unterstützung der Erwerbslosen.

Es weiteren wäre es Pflicht der Reichsregierung, mit allen staatlichen Mitteln dem Widerstand der Schlotbarone zu brechen und die Industriebetriebe der ungelagerten Betriebe zu erlangen. Wollen die Industriellen nicht, dann sollte das Reich die Betriebe in eigene Verwaltung nehmen. Aufgabe der Gewerkschaften wäre es, die Regierung auf diesen Weg zu drängen und die nötigen Vorbereitungen für die Übernahme der Betriebe in Gemeinbetriebe in die Hand zu nehmen.

Empörung entfacht, neue Kräfte des Widerstandes gewacht, starke bürgerliche Schichten proletarisiert und zu Odeuren gemacht. Aber all die neugegründeten kapitalistenfeindlichen Organisationen, Gefinnungen, Kräfte und Menschen schlummern noch gütenters, sind noch nicht aktiv, noch unorganisiert, und der Krieg liegt in bedeutendem Maße der heutige Einfluss wie die Anmaßung und die Siegesüberfahrt der Kapitalistenklasse.

Mit dieser Darlegung ist auch der Arbeiterklasse vorgezeichnet, was sie zu tun hat. Der gegenwärtige Hochgang der kapitalistischen Reaktion, so heftig er auch ist, gibt keinen Anlaß zur Entmutigung und Verzweiflung. Die Reaktion, selbst wenn sie wirklich noch etwas Sprigger geblieben sollte, wird bald ihr Marne finden. Dies um so eher, je rascher der Unwille, den sie gegen sich erzeugt, die Kräfte, die sie gegen sich gerichtet, zum Tat gestaltet, organisiert werden. Mit dieser notwendigen Arbeit haben wir in unsere Reihen zu beginnen. Ja, Proletariat liegt die mächtigste kapitalistenfeindliche Wackelqueue. Hier heißt es lebendiger werden, vereinigen, tätiger sein. Hier heißt es fester zusammenstehen und Mut und Glauben an den Sieg der großen Sache wachhalten. Er wird trotz aller trüben Seiten dieser Stunde unser sein.

Die Metallarbeiterorganisationen in der Tschechoslowakei

Die Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakei leidet in geradezu unerhörter Weise unter der Besetzung. Es gibt zwei Verbände, die dem Internationalen Metallarbeiterbund angehören: der Internationale Metallarbeiterverband in Admona mit heute etwa 30 000 Mitgliedern und der Metallarbeiterverband in der tschechoslowakischen Republik mit 65 154 Mitgliedern. Daneben gibt es aber noch den tschechisch-nationalsozialistischen Metallarbeiterverband, der etwa 20 000 Mitglieder zählen dürfte, dann die Metallarbeiterfaktion des kommunistischen allgemeinen tschechischen Verbundes mit 6000 bis 8000 Mitgliedern und schließlich Splitter christlich-sozialer und deutsch-nationalsozialistischer, also hofenkreuzlerischer Metallarbeiterorganisationen. Daß unter diesen Umständen eine erfolgreiche Tätigkeit sehr erschwert ist, bedarf keiner großen Worte.

Ein zahlenmäßiger Bericht über die beiden großen Verbände wird diese Zustände am besten erhellen. Der Metallarbeiterverband in der tschechoslowakischen Republik hat zu Beginn des Jahres 1922 noch 123 970 Mitglieder gehabt, am Ende des gleichen Jahres nur noch 65 154. Das bedeutet einen Verlust von 58 816 Mitgliedern im Laufe eines einzigen Jahres. Wohl hat beispielsweise das große Opatowitz-Gebiet, in dem sich das Zentrum der tschechoslowakischen Industrie vereinigt, durch den fast völligen Stillstand der dortigen Eisenwerke allein gegen 12 000 Mitglieder verloren, das große Industriegebiet von Kladno und Pilsen, wo ähnliche Verhältnisse obwalten, gegen 5000 bis 6000. Aber daneben hat gerade in diesen Gebieten eine kommunistische Hege eingesezt, die der Arbeiterbewegung fürchterliche Schäden schlug. Nicht viel besser erging es dem Komotauer Verband, der zwar seinen zahlenmäßigen Bericht über seinen Mitgliederstand herausgab, dessen finanzieller Bericht aber deutlich die schweren Verluste zeigt, die auch er erlitten hat. Zieht man in Betracht, daß in der Metallindustrie gegen 50 000 Arbeiter entlassen wurden, wird man diese Verluste wohl verstehen.

Dem Rückgang der Mitgliederzahlen entspricht die ungeheure finanzielle Belastung der Verbände. Der Metallarbeiterverband in der tschechoslowakischen Republik hatte im Jahre 1921 Einnahmen von 20 684 000 Kronen, denen 15 273 000 Kronen an Ausgaben gegenüberstanden. Das Jahr 1922 brachte gerade das gegenteilige Ergebnis: einer Einnahme von 13 064 000 Kronen standen Ausgaben von 21 123 000 Kronen entgegen. Es hat sich somit das Verbandsvermögen um diese 8 Millionen Kronen verringert und betrug Ende des Jahres 1922 nur noch 6 895 000 Kronen. Nicht weniger als 72 v. H. der gesamten Ausgaben entfallen auf Unterhaltungen. Den Löwenanteil nehmen die Streikunterstützungen ein, es mußten 8 568 000 Kronen an Streik- und Abregelungsunterstützung bezahlt werden, fast um 4 Millionen mehr als im Jahre 1921. Aber auch die Arbeitslosenunterstützung spannte die Kräfte des Verbandes in höchstem Maße an. 4 492 000 Kronen, mehr als doppelt so viel denn im Vorjahre, mußten der Wirtschaftskrise als Tribut gezollt werden. Man kann ruhig auch die 1 065 000 Kronen, die als Kronenunterstützung ausbezahlt werden mußten, zu den Ausgaben für die Arbeitslosen hinzurechnen, denn auch sie sind ja eine Teilerleichterung der Wirtschaftskrise, unter der die Arbeitererschaft zu leiden hat. Insgesamt bezahlte der Verband an Unterhaltungen 15 760 000 Kronen wieder an die Mitglieder zurück gegen 8,5 Millionen Kronen im Jahre 1922.

Auch die finanzielle Gestaltung des Komotauer Verbandes zeigt von schweren Kämpfen. Die Gesamteinnahmen betrugen 3 945 000 Kronen, die Ausgaben 4 911 000 Kronen. Ist hier der Verlust auch nicht so groß wie beim Prager Verband, steht den 8 Millionen Mindereinnahmen dort nur 1 Million hier entgegen: der Verlust traf den kleineren Verband eher noch schwerer als den größeren. Das Verbandsvermögen ist von 2 573 000 Kronen auf 1 407 000 Kronen zusammengeschmolzen, eine Summe, die ein einziger Großkampf verfliegen kann. Der Verband war von großen Kämpfen im Jahre 1922 verschont und hatte nur 482 000 Kronen an Streikunterstützung zu bezahlen, da sich die Hauptkämpfe in Mittelböhmen abspielten, wo der Verband keine Mitglieder hat. Dafür riß aber die Wirtschaftskrise eine ungeheure Wunde in die Verbandsfinanzen und der Verband mußte nicht weniger als 1 141 000 Kronen an Arbeitslosenunterstützung, 114 270 Kronen außerordentliche Unterhaltungen bezahlen. Insgesamt bezahlte der Verband nahezu 2 Millionen Kronen an Unterhaltungen, die durch die Verwaltungskosten ausbezahlt wurden. Das Verbandsvermögen der Verwaltungskosten, das dem Verbandsvermögen noch hinzuzugählen ist, betrug 355 000 Kronen und erfuhr ebenfalls eine Verringerung um 130 000 Kronen.

So spiegelt sich in den trostlosen Zahlen ein opferreicher Kampf, aber sie erzwingen auch den Beweis dafür, daß alles getan wurde, was für die Mitglieder nur irgend möglich war. Man konnte nicht annehmen, wozu die Aussichten für die Zukunft günstig und wäre vor allem der Wille zur Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung vorhanden. Aber die industriellen Verhältnisse in der Tschechoslowakei weisen auf keine Besserung hin. Im Gegenteil. Durch die Ruhrbesetzung war die Eisenindustrie in eine etwas bessere Konjunktur geraten, die rasch wieder im Abflauen ist.

Der Stand der Demobilisierungsverordnungen

Die auf Grund der Verordnung vom 7. November 1918 (R.G.B. I S. 1392) und des Gesetzes vom 12. November 1918 (R.G.B. I S. 1394) erlassenen sogenannten Demobilisierungsverordnungen sind seitdem gemäß § 8 der Verordnung vom 12. November 1918 (R.G.B. I S. 1394) teilweise mit dem 31. März 1923 außer Kraft getreten, und zwar, soweit es notwendig, in die ordentliche Gesetzgebung überführt zu werden. Das geschah jedoch nicht, sondern es erübrigte sich durch den Verlauf der Aufhebung eines Teils der Demobilisierungsverordnungen, während ein anderer Teil, namentlich sozialpolitischer Art, gemäß Gesetz vom 21. März 1923 (R.G.B. I S. 265) bis zum 31. März 1923 befristet blieb. Durch Gesetz vom 23. März 1923 (R.G.B. I S. 215) wurden wieder einige Bestimmungen außer Kraft gesetzt und die übrigen teils bis zum 31. Oktober 1923, teils ohne bestimmten Termin verlängert.

Die nachfolgenden sozialpolitischen Demobilisierungsverordnungen sind mit den auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erfolgten Änderungen jetzt noch in Kraft:

1. Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter (Schlußartikel) vom 21. November 1918 (R.G.B. I S. 1394) gemäß der Ergänzung vom 14. Dezember 1918 (R.G.B. I S. 1395).
2. Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 12. März 1919 (R.G.B. I S. 215). Die Bestimmungen 1 und 2 sollen durch entsprechende Gesetze (Arbeitszeitgesetz) ersetzt und in den nächsten Tagen aus dem Reichsgesetzblatt werden. Da es aber nicht möglich ist, es und wenn der Reichstag dem Entwurf nicht, hat die sozialpolitischer Teil des Entwurfs der Regelung, die Bestimmungen in der bisherigen Form weiterzuführen zu lassen.
3. Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. Januar 1921 (R.G.B. I S. 215). Die §§ 12 bis 15 dieser Verordnung (Arbeitszeitgesetz) sind zu 24 Stunden in der Sache und Durchführung der jeweiligen Bestimmungen der Reichsregierung von Ausübung von Entlassungen und gemäß Art. 1 und III der neuen Verordnung über Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeit vom 15. Oktober 1923 (R.G.B. I S. 265) aufgehoben, bezüglich die §§ 22 bis 23 mit Wirkung ab 1. Januar 1924 durch Art. III § 3 Abs. I § 4 der neuen Verordnung über die Beschäftigungsverhältnisse vom 31. Oktober 1923 (R.G.B. I S. 1043). Diese neue Verordnung wird in der nächsten Nummer dieser Zeitung besprochen.
4. Verordnung der Reichsregierung gegenüber Betriebsräten vom 2. November 1920 (R.G.B. I S. 1501) mit den Ergänzungen vom 15. Oktober 1923 (R.G.B. I S. 265), ebenfalls in der nächsten Nummer dieser Zeitung.

5. Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 (R.G.B. I S. 1397) mit den Änderungen vom 21. März 1922 (R.G.B. I S. 280), vom 19. Juli 1923 (R.G.B. I S. 683) und vom 15. Oktober 1923 (R.G.B. I S. 984). Mit der letzten Verordnung ist die Ausführung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge (Arbeitslosenversicherung) ab 1. November 1923 ausgesetzt worden.

6. Verordnung über Erweiterung der Fortbildungspflicht vom 18. März 1919 (R.G.B. I S. 354).

Innere Finanzkontrolle!

Am 19. November hielt der Reichsanführer Dr. Stresemann vor einer Körperschaft seiner Volkspartei eine Rede, wobei er sagte, Deutschland stehe jetzt auch unter einer inneren Finanzkontrolle. Er spielte wohl auf einen Vorgang an, der sich ein paar Tage vorher beim Empfang des Verwaltungsrates der neuen Rentenbank zugetragen hat. Bei dieser Gelegenheit gaben die Herren von der Bank, alleamt Profingenen Schwestern, dem Kanzler Kund und zu wissen, wie sie fortan die Reichspolizei geführt wissen wollen. Auf innerpolitischem Gebiete verlangten sie Umstellung der Erwerbslosenunterstützung, Befreiung von den Tarifverträgen und besonders Änderung des Arbeitszeitgesetzes, das heißt nichts anderes als Befreiung des Wirtschaftstages. Noch mehr. Die Herren gaben dem Kanzler zu verstehen, daß sie das Recht beanspruchten, die Verwendung der von der Bank dem Reich zur Verfügung gestellten Kredite zu prüfen und sie unter Umständen zu verweigern.

Die Forderungen klangen die Meinung entgegen, die Herren hätten dadurch, daß die Rentenbank dem Reich Kredit gewährt, ein gesetzliches Mitschmaltungsrecht in politischen Dingen, oder dadurch, daß sie dem Reich einen Teil ihres Vermögens zur Verfügung stellen, so etwas wie eine moralische Berechtigung zum Mitsprechen. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Die Kredite müssen laut Verordnung dem Reich vollständig bedingungslos gewährt werden. Gerade durch die so zu stellenden Kredite rettete sich zuerst der Reich vom Zwange des Opfers, vor dem schließlich ein Eingriff ins Vermögen, bedingungslos heißt aber nicht umsonst, sondern gegen 6 v. H. Der so reichlich verzinsten Kredit stellt das „Opfer“ dar, das die bestehende Klasse aus ihrem Vermögensbestand eigentlich ohne jede Gegenleistung dem Reich hätte bringen müssen. Durch geschickte Schiebung aber ist aus dem Vermögensopfer ein recht einmündiges Geschäft geworden. Und weil nun die Herren so gnädig sind, für ihr Vermögensopfer ein schätzbares Geldgeschäft einzutauschen, machen sie sich an die Politik des Reiches zu bestimmen. Es liegt hier der handgreifliche Versuch vor, der Finanz- und Industriekreise, die den Vorstand und Verwaltungsrat der Rentenbank stellen, einen maßgebenden Einfluß auf die Reichspolitik zu verleihen. Ob der Reichskanzler die Umarmung der Herren abgewehrt hat, läßt sich nicht sagen. Wer von ihm in dieser Hinsicht nichts erwartet, tut am besten. Ist es von gleichem Reich. Der Vorfall zeigt, wie sehr wir — leider — im Rechte waren, als wir vor einigen Wochen hier (in Nr. 43) schrieben, daß auch die Rentenbank nicht ungeeignet sei, zu einem Mittel der Versicherung der Schwerkriegs zu werden.

Beitrag der sozialistischen Internationale

Die sozialistische Presse aller Länder bringt einen Aufruf der sozialistischen Arbeiterinternationale, worin die Arbeiter allerwärts aufgefordert werden, der sozialistischen Bewegung in Deutschland und Frankreich zu Hilfe zu eilen. Nachdem der Aufruf die furchtbaren Wirkungen der Realitäten in Deutschland als auch die Gefahren der kommunistischen Politik für die Zukunft Europas dargelegt hat, fährt er wörtlich fort: „Der Moment ist da, wo auch die übrigen Arbeiterparteien in die Bresche springen müssen. So fordern wir euch auf, alle Kräfte anzutreiben, Mittel aus Parteifonds zur Verfügung zu stellen, allgemeine Sammlungen einzuleiten und alle diese Mittel bereitzustellen für den Sozialismus in Deutschland und Frankreich. Wir wissen nur zu gut, wie schwer die Parteien in den einzelnen Ländern mit materiellen Schwierigkeiten zu ringen haben; wir wissen nur zu gut, wie das Geld der Arbeiterzeitung, die Arbeiterzeitung und die niederen Einnahmen der Arbeiterzeitung verarmt haben. Aber wir glauben, daß trotz all dieser Schwierigkeiten in jedem einzelnen Lande in diesem Augenblick die internationale Solidarität des Proletariats häufig zum Ausdruck kommen muß. Schon haben einzelne Parteien aus eigener Initiative Sammlungen eingeleitet, so in einigen Ländern für die deutsche Partei, in Belgien für die französische Partei. Wir wollen den Fortgang dieser Sammlungen in keiner Weise fördern und überlassen es den Parteien, in jedem Lande die beste Form zu finden, um den größten Erfolg zu sichern. Aber wir besetzen immer von neuem: Keine Hilfe tut in Deutschland und in Frankreich nicht!“

Zweierlei Moral der Unternehmerpresse

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung und die ihr gleichwertigen Zeitungen überlegen sich vor Entrüstung, wenn irgendwo ein Fabrikdiebstahl geschieht. Selbstverständlich haben wir nichts gegen die Verurteilung des Diebstahls einzuwenden und wir selbst haben, wie auch in Erinnerung sein dürfte, die Fabrikdiebstahl schon verdammt. freilich nicht bloß die von armen Leuten begangenen, sondern auch die von Großdieben verübten. Aber die letzteren weiß nun allerdings die Unternehmerpresse gewöhnlich nichts zu sagen. Ihre einmündige Ehrlichkeit kommt jetzt wieder einmal kräftig zum Ausdruck. Beim Bundesratlichen Rat in München sind nationalsozialistische Gelbesammlungen in das Geschäft der Münchner Post und in eine Wollwarenhandlung eingedrungen, in jenen haben sie sechs Scheidemajchinen, alle Wertgegenstände, in dieser Banknoten im Werte von vielen Millionen, alle Eigentum des Staates, nationalsozialistische Wollen die Kapitalisten, Federwörter, die bei jedem kleinsten Fabrikdiebstahl mehr wertvolle heulen, von diesem Großdiebstahl nichts zu berichten. Auch die Arbeiterzeitung, die so hochmoralische, schmeißt aber die Frage: Warum? Nicht ernstlich? In München handelt es sich nicht um einen kleinen Diebstahl eines armen Leutes, sondern um eine Großdiebstahl, der von nationalsozialistischer Jugend verübt wurde, die von reaktionärer Seite bejezt und von schwerindustriellen Geld befördert ist. Wir werden uns die Haltung der Unternehmerpresse merken müssen.

Sechster Mannerturmus der Heimgewerhochschule Litz

Da die Abhaltung eines Festmahls gegenwärtig infolge der jetzigen finanziellen Verhältnisse der arbeitenden Mädchen und Frauen unmöglichbar ist, hat sich die Leitung der Heimgewerhochschule Litz entschlossen, davon abzusehen und an dessen Stelle den sechsten Mannerturmus abzuhalten.

Teilnahme in Litz finden Männer im Alter von 18 bis 30 Jahren. Bewerber haben ein schriftliches Gesuch, in dem sie den mit dem Beginn des Litz verknüpften Zweck bezeichnen, nach Abschlus, der des Mannerturmus und die Veranstaltung abmachen lassen, an die Leitung der Schule einzureichen. Einmalig sind fern und mit der Teilnahme an dem Mannerturmus verbunden ist die Teilnahme des Mannerturmus und der Teilnahme an dem Mannerturmus Gegenstände. Beim Eintritt in Litz ist eine persönliche Unterredung mit der Abteilungsleiter der Mannerturmusverwaltung beizubringen.

Das Gesuch ist bis zum 1. März für die Teilnahme an dem Mannerturmus und die Teilnahme an dem Mannerturmus einzureichen. Das Gesuch ist bis zum 1. März in Litz zu einreichen oder kann jederzeit vorher (nach der Teilnahme) einzureichen werden, jedes Gesuch ist in schriftlicher Form einzureichen. Anger der Schulgebühren enthält den Schülern vor der Teilnahme an dem Mannerturmus, durch regelmäßigen Arbeitsnachricht (je nach Umständen) an der Teilnahme der Schule mitzubringen.

Der Mannerturmus beginnt am 15. Januar 1924 und dauert bis 15. Juni 1924. Die Teilnahme müssen bis spätestens 15. Dezember 1923 eingereicht werden. Die Entscheidung der Teilnahme über die Teilnahme ist spätestens bis Ende März.

Die Leitung der Heimgewerhochschule Litz: Dr. Wilfried Brandt.

Der französische General wehrt deutschen Ausbeutern!

Wie das Weltliche Büro am 19. November aus Genf meldet, hat der General Degoutte eine Verordnung erlassen, welche die Befehle des Reiches liegenden Unternehmen mit mehr als 100 000 Franken die Besatzungsmacht der Arbeiter und Arbeiterinnen zu erteilt. Die Befehle sollen die Befreiung von Seiten der Arbeiter, wenn sie auf dem Beschluß einer Arbeitervereinbarung beruhen, ausüben, die in verschiedenen Unternehmen die Befreiung eines Industriewerkes zusammenfassen. Für Ausbeutern werden Geldstrafen bis zu fünf Jahren und Gefängnis bis zu 100 000 Franken oder eine dieser Strafen angedroht. Seit dem 1. März mit dieser Verordnung wird eine Bekanntmachung der Vereinigung der französisch-belgischen Industriellen (Micum) bekannt, die erklärt, daß sie einen Eingriff deutscher Arbeitgeber in die deutschen Sozialgesetze vor dem 1. Januar nicht dulden könne.

Der „Arbeitsschutz“ also als Schützer deutscher Arbeiter und ihrer sozialpolitischen Erwerbsverhältnisse! Eine schlimmere Verurteilung unserer Schwerindustriellen Patrioten und ihrer Handlungen kann es wohl kaum nicht geben. Dem Kampf des deutschen Ausbeutertums ist ein neues Schandblatt angefügt. Social für die deutsche Unternehmenseite. Für die deutsche Arbeiterseite ist eigentlich nichts zu sagen. Denn daß unsere schwergeprüften Kollegen an Rhein und Ruhr die Beweggründe des französischen Generals wie der fremden Industriellen geizig einschätzen, steht für uns fest. Die fremden Herren werden ob ihrer neuesten Handlungsweise fortan ebenso hoch geschätzt werden wie bislang.

Zwangsunterricht bei einer mexikanischen Gewerkschaft

Die Ortsgruppe der Stadt Mexiko der Straßenarbeiter zwingt ihre Mitglieder unter Androhung der Entlassung zur Teilnahme an den unentgeltlichen Kursen der Abendschulen. Die Organisation hat mit der Eisenbahnerverwaltung einen Vertrag abgeschlossen, der es ihr ermöglicht, die Drohung in die Tat umzusetzen.

Eingegangene Schriften

Die Vorwärtsbuchdruckerei und Verlagsanstalt in Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, bringt jeden Freitag mit gutem Erfolg eingeführten Weihnachtsbüchern zum Vertrieb. Besonders zu erwähnen ist das „Kinderland“, ein Jahrbuch für Baben und Mädchen des arbeitenden Volkes. Vom Reichsausgleich für sozialistische Bildungsarbeit wurde im Vorjahre „Kinderland“ zum erstenmal herausgegeben. Es fand sehr gute Aufnahme. Die diesjährige Ausgabe erscheint im gleichen Umfang und Format. Der Inhalt ist diesmal noch reichhaltiger gestaltet. Namhafte Künstler haben in Bild und Schrift mitgewirkt. Ein wertvolles Geschenk für Arbeiterkinder liegt vor. Der Preis beträgt 1 M. mal Buchhändlerzuschlag. — Beachtung verdient auch der Sozialdemokratische Arbeitskalender des Jahr 1924. Der Preis beträgt 1,50 M. mal Buchhändlerzuschlag. Der Kalender gibt sich in seinem neuen Jahrgang in einem wesentlich veränderten Gewande. Er ist bunter, lebhafter, reichhaltiger geworden, als es seine Vorgänger waren. Er präsentiert sich diesmal als ein illustriertes Jahrbuch. Jeder Tag des Jahres hat sein Bild.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 2. Dez. ist der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. Dezember 1923 fällig.

Vom 1. Dez. an kostet ein Grjagbuch 1,50 Goldmark.

Im Saargebiet kostet ein Grjagbuch 7 franz. Fr. Den am 1. Dezember und später zur Post gegebenen Grjagbüchern, bestellungen ist dieser Betrag in wertbeständigen Reichsbanknoten (Dollarschuldenschein) beizufügen. Provinzial-, Stadt-, Industrie- oder sonstige Geldscheine werden nicht in Zahlung genommen, sondern auf Kosten des Bestellers zurückgekauft. — Alle Grjagbücher müssen bezahlt werden. Bei der Bestellung sind die üblichen Bestellformulare zu verwenden.

Das Beitrittsgehalt beträgt vom 2. Dez. 1923 an: für Personen über 18 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts 0,50 Goldmark für Personen unter 18 Jahren ohne Unterschied des Geschlechts 0,25

Die Erhebung eines Grjagbeitrags wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandstatuts folgenden Verhältnissen in der angegebenen Höhe genehmigt:

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|
| Bredlau | 0,05 Goldmark |
| Einbeck | 10 v. Hundert |
| Essen | 10 |
| Gießen (je nach Beitragsklasse) | 3, 6 u. 10 Milliarden |
| Stettin (im Nov. je nach Beitragsklasse) | 10, 15 u. 20 |
| Wuppertal (je nach Beitragsklasse) | 20, 30 = 40 |
| Soslar | 10 v. Hundert |
| Witten | 10 |
| Wuppertal i. B. (je nach Beitragsklasse) | 50 u. 100 Milliarden |
| Zentralrat | 10 v. Hundert |
| Münster i. B. (männl. Soldat. über 18 Jahre) (weibl. = u. männl. v. 10-15 J.) | 10 Milliarden |
| Oberstein | 0,10 Goldmark |
| Rein | 10 v. Hundert |
| Stendal | 10 |
| Waldenrode | 10 |
| Hagen | 0,10 Goldmark |

Die Nichtbezahlung dieser Grjagbeiträge hat Entziehung nationaler Rechte zur Folge. — Für die Zahlungs- und Anwartschaften dieser Grjagbeiträge nicht erhoben werden.

Anforderung zur Rechtfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen ergebene Befehlsgebungen zu rechtfertigen. Verwaltungskosten, denen Abschriften der Aufgebotsurteile beifügen sind, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Verwaltungsräte Berlin: Der Schlichter Bruno Schmitt, geb. am 9. November 1889 zu Berlin, Mitgliedsnach Nr. 4.639.260, wegen Denunziation.

Gekauft wurde: Mitgliedsbuch Nr. 1.168.265, lautend auf den Klempner Nag Rudolph, geb. am 13. Nov. 1857 zu Berlin. (Bezugsleistung Stettin.) Mit kollektiven Bezug Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Formern und Sicherungsbeamten und Beamten u. von Geld- und Silberrechnern nach München D. von Feingeweremachern und Holzlegern nach Gießen, von Kesselschmiedern nach Stuttgart D.; von Kesselschmiedern oder Brücken nach Gießen St.; von Eisenwerkzeugmachern und Maschinenbauern (Reinhold) nach Gießen (Wien) Warenabru. Wien vom Gewerbetreibenden St. nach Gießen u. Bommern D. 2 = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St = Streit in St.; St = Streit; R = Abregelung; St = Wirtschaft; A = Aufsichtung. Kurze auf Befragung von Seiten dürfen von den Grjagverwaltungen und Rechtfertigungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Dred und Verlag von Alexander Schilde & Co., Stuttgart, Reiterstraße 16b.